

Antrag 36/I/2020**SPDqueer Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum noch offen****Stopp der Diskriminierung von LSBTTIQ*-Menschen in Polen**

1 Der Landesvorstand der SPD Brandenburg, der Ar-
2 beitskreis Polen der SPD Brandenburg, der Minister-
3 präsident des Landes Brandenburg und die Ministe-
4 rin der Finanzen und für Europa des Landes Branden-
5 burg werden aufgefordert, sich schriftlich gegen die
6 derzeitige Diskriminierung von LSBTTIQ*-Menschen
7 in Polen zu positionieren und sich für eine Politik der
8 Akzeptanz, auch von LSBTTIQ*-Menschen, in Polen
9 einzusetzen.

10

Begründung

12 Das Konzept der LGBT-ideologiefreien Zone beruht
13 auf der Annahme von Gruppen in Polen, dass es eine
14 LGBT-Ideologie gäbe, die den Pol*innen durch West-
15 europa aufgezwungen werde und deren Verbrei-
16 tung schädlich für die Bevölkerung Polens, beson-
17 ders für deren Kinder sowie für die weitere Existenz
18 Polens als Staat und für den katholischen Glauben
19 sei. Diese Vorstellung wird insbesondere von der na-
20 tionalkonservativen und christdemokratischen Par-
21 tei PiS (Prawo i Sprawiedliwo; dt.: Recht und Gerech-
22 tigkeit) vertreten und verbreitet. Verschiedene pol-
23 nische Städte mit PiS Mehrheit haben bereits über
24 eine "Charta für die Rechte der Familie" (pol.: Sa-
25 morzowa Karta Praw Rodzin (SKPR)) abgestimmt.
26 Diese Charta wurde von Ordo Iuris (einer konserva-
27 tiven, katholischen NGO von Anwälten in Polen) er-
28 stellt und beinhaltet die Betonung des Rechts der El-
29 tern ihre Kinder nach ihren eigenen Überzeugungen
30 zu erziehen und das Recht des Kindes auf Schutz vor
31 Demoralisierung - unter der Annahme, dass die Ehe
32 nur zwischen Mann und Frau richtig sei und jede an-
33 dere Behauptung dem Kindeswohl und der Stellung
34 der Familie schade. Über 90 Kommunen, Landkrei-
35 se und Bezirke (Stand: Juni 2020) haben sich inzwi-
36 schen zu LGBT-ideologiefreien Zonen erklärt. Diese
37 Zonen sind zwar juristisch nicht durchsetzbar, set-
38 zen aber ein Zeichen gegen den Diskurs über LSBT-
39 TIQ*-Themen wie sexuelle Aufklärung, Diskriminie-
40 rung im Alltag oder gleichgeschlechtliche Partner-
41 schaften, geschweige denn Ehen und grenzen LSBT-
42 TIQ*-Personen klar in der freien Ausübung ihrer
43 Identität ein. Das EU-Parlament verurteilte im De-

Anliegen ggf. in den Antrag 23/I/2020 oder
35/I/2020 aufnehmen.

44 zember 2019 diese Zonen u. a. mit Hinweis auf Char-
45 ta der Grundrechte der EU und die 2013 vom Rat
46 angenommenen Leitlinien der EU für die Förderung
47 und den Schutz der Ausübung aller Menschenrech-
48 te durch LSBTTIQ*-Personen, sowie Hinweis auf die
49 Entschließung im November 2019 zur Kriminalisie-
50 rung der Sexualerziehung in Polen.

51 Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass die Ko-
52 operation von Brandenburg mit seinen polnischen
53 Nachbarwojewodschaften besser zu koordinieren
54 und weiter zu intensivieren ist. Die Zusammenar-
55 beit zwischen brandenburgischen und polnischen
56 Bürger*innen ist zu intensivieren, insbesondere im
57 Rahmen von kommunalen Partnerschaften und
58 grenzüberschreitender Zivilgesellschaft und Initia-
59 tiven. Dazu gehören auch die LSBTTIQ-Initiativen.

60 Im Koalitionsvertrag ist weiter vereinbart, dass die
61 Koalition vollumfänglich den Einigungsgedanken
62 und die Werte der europäischen Union unterstützt.
63 Die Koalition bekennt sich zu einem geeinten, so-
64 lidarischen Europa, das auf Rechtsstaatlichkeit be-
65 ruht. Das schließt die Diskriminierung von LSBTTIQ*-
66 Menschen aus und das ist den polnischen Verhand-
67 lungspartner*innen auch regelmäßig durch die Lan-
68 desregierung zu verdeutlichen.

69 Für die Parteigremien verweisen wir zur Begrün-
70 dung zusätzlich auf das Hamburger Programm, in
71 dem vereinbart worden ist: „Frei und gleich an Wür-
72 de und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklä-
73 rung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch
74 sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst be-
75 stimmen können. Wir streben eine Gesellschaft der
76 Freien und Gleichen an, in der jeder Mensch sei-
77 ne Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne
78 die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir
79 widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung.
80 Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien
81 oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des
82 Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuel-
83 len Orientierung, der Religion.